



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 15. Mai 2026

**Standesinitiative des Kantons Nidwalden ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) dem obligatorischen Staatsvertragsreferendum sui generis zu unterstellen:
Bericht und Antrag der Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit**

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin
Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit SJS hat an ihrer Sitzung vom 7. Mai 2026 in Anwesenheit von Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi den Landratsbeschluss über eine Standesinitiative betreffend die Unterstellung eines Rahmenabkommens mit der Europäischen Union (EU) unter das obligatorische Staatsvertragsreferendum suis generis beraten. Die Kommission erstattet dem Landrat in Nachachtung von § 92 Landratsreglement folgenden Bericht.

1 Ausgangslage

Für die Ausgangslage im Zusammenhang mit dieser Vorlage wird auf den Sachverhalt im Regierungsratsbeschluss Nr. 238 vom 28. April 2026 beziehungsweise auf den dazugehörigen Bericht verwiesen. Der Regierungsrat hat die Standesinitiative entsprechend der Motion vom 19. Februar 2025 (vgl. RRB Nr. 466 vom 19. August 2025) ausgearbeitet und zuhanden des Landrates verabschiedet mit dem Antrag, dem Landratsbeschluss über eine Standesinitiative betreffend die Unterstellung eines Rahmenabkommens mit der Europäischen Union (EU) unter das obligatorische Staatsvertragsreferendum sui generis zuzustimmen und die Standesinitiative inklusive Begründung der Bundesversammlung zu unterbreiten.

2 Stellungnahme der Kommission SJS

Die Kommission SJS hat die Vorlage bereits in ihrer Sitzung vom 23. Oktober 2025 eingehend beraten und wiederholt in ihrer Sitzung vom 7. Mai 2026 die dortigen Erkenntnisse. Die Mehrheit der Kommission SJS unterstützt die Einreichung der Standesinitiative an die Bundesversammlung. Sie ist nach wie vor der Ansicht, dass das Rahmenabkommen alle Bereiche der Schweiz betrifft und daher eine breit angelegte Debatte verdient. Die ursprünglich gewünschte Stabilität ist nicht mehr im erforderlichen Mass vorhanden. Die Mehrheit erachtet die Standesinitiative als klare Signalwirkung auf nationaler Ebene, die auch von Nidwalden entsprechend

unterstützt werden soll. Zudem wird von der Mehrheit der Kommission die Auffassung vertreten, dass es in diesem Kontext um die Wahrung der Mitsprache geht, während die Minderheit aus staatspolitischen Überlegungen eine solche als nicht nötig erachtet. Die Mehrheit der Kommission SJS unterstützt die regierungsrätliche Begründung zur Standesinitiative und deren Überweisung an die Bundesversammlung.

3 Antrag der Kommission SJS

Die Kommission SJS beantragt dem Landrat mit 8:2 Stimmen (keine Enthaltung) auf die Vorlage einzutreten und dem Landratsbeschluss über eine Standesinitiative betreffend die Unterstellung eines Rahmenabkommens mit der Europäischen Union (EU) unter das obligatorische Staatsvertragsreferendum sui generis zuzustimmen, sowie die Standesinitiative inklusive Begründung der Bundesversammlung zu unterbreiten.

Freundliche Grüsse
KOMMISSION FÜR STAATSPOLITIK,
JUSTIZ UND SICHERHEIT



Thomas Wallimann-Sasaki
Präsident



MLaw Natalija Gimmi
Kommissionssekretärin